

THEMA DES TAGES

ZIVILGESELLSCHAFT Geht es um Freihandel, Verbraucher- oder Umweltschutz, haben Protestbündnisse die Meinungsführerschaft übernommen. Wie haben sie das bloß geschafft?

Die Empörungsverstärker

Wie es Nichtregierungsorganisationen gelingt, die Stimmung im Land für sich zu nutzen

Das Herz des deutschen Protests gegen den internationalen Freihandel befand sich über weite Teile des Jahres in einem Wohnzimmer in Lüdenscheid. Die 69-jährige Musiklehrerin Marianne Grimmenstein hatte im Internet eine Petition gestartet, die nicht weniger bewirken sollte, als den Tod des geplanten Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union. Grimmensteins Plan: Möglichst viele Menschen sollten sich ihrer „Bürgerklage gegen Ceta“ vor dem Bundesverfassungsgericht anschließen, mindestens 40 000, so viele sind nötig, um die „größte Verfassungsklage“ in der Geschichte der Bundesrepublik einzureichen.

Das ist ihr gelungen: 241 233 Menschen haben Grimmensteins Petition bislang unterschrieben, 14 000 Euro Spenden sind für ihr Vorhaben zusammengekommen und 70 000 Ceta-Gegner schickten ihr Vollmachten für die Sammelklage, die die spätere Aktivistin und ihr Mann im heimischen Wohnzimmer sortierten. Es wären noch mehr geworden, doch irgendwann waren dann die Ressourcen der Grimmensteins erschöpft. Ein professionelles Protestbündnis übernahm die Aufgabe fortan und mobilisierte nochmal 100 000 Anhänger.

Eine Musiklehrerin aus Lüdenscheid hat so einen Stein ins Rollen gebracht, den bis vor einigen Jahren selbst Protest-Riesen wie Greenpeace oder Oxfam kein Zentimeter weit bewegen konnten. Hunderte Seiten dicke, schwer verständlich formulierte Abkommen haben selten Menschen vor dem Ofen hervorgeholt und erst recht nicht so viele. Dass es Grimmenstein trotzdem gelungen ist, verrät viel über das Misstrauen in die internationale Politik. Es zeigt aber vor allem, wie effektiv sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NRO) Stimmungen aufnehmen, verstärken und in politische Handlungen wandeln können.

Eine klassische NRO ist zum Beispiel der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“, kurz: BUND. Eine nicht-kommerzielle Organisation, die politische Ziele verfolgt, aber nicht im Eigeninteresse ihrer Mitglieder handelt. Die Arbeit des BUND beginnt mit Veranstaltungen in Städten und Dörfern und endet bei dem, was Sylvia Pilarsky-Grosch als größten Ausdruck der Professionalisierung ihrer Branche ansieht: Der modernen Kampagne.

„Früher war die Öffentlichkeitsarbeit ein Thema, das unsere Fachreferenten mit erledigt haben“, sagt Pilarsky-Grosch, Landesgeschäftsführerin des BUND in Baden-Württemberg. „Heute haben wir für diesen Bereich eigens Leute eingestellt.“ Seit 16 Jahren ist sie nun schon beim BUND, in dieser Zeit hat sich viel getan: Zwei Atomausstiege, das Aufkommen der sozialen Netzwerke, der Vormarsch der Gentechnik, aber auch ein Wandel der öffentlichen Meinung hin zu mehr Umweltbe-



Das perfekte Bild: Wie keine andere Organisation weiß Greenpeace, sich zu inszenieren. Doch das allein reicht heute nicht mehr.

Foto: Chris Grodotzki/Greenpeace

wusstsein. Die Welt ist komplexer geworden und der BUND hat sich dieser Entwicklung angepasst. Indem er mehr Menschen ins Hauptamt geholt, indem er sich häufiger mit anderen NRO zusammengetan und sich den Interessen politisch engagierter Menschen angepasst hat.

„Heute geht es sehr stark darum, zu sehen, was die Leute umtreibt und wie wir diese Themen in einen Umweltzusammenhang bringen

können“, sagt Pilarsky-Grosch. Große Kampagnen wachsen so aus einem bestehenden Unbehagen heraus. NRO greifen es auf, stellen Verbindungen zu ihren Themen her, fragmentieren und machen komplexe Themen so zugänglich. Im Falle von Ceta beschäftigt sich der BUND mit den umweltpolitischen Aspekten des Abkommens, die globalisierungskritische Organisation Attac mit den Schiedsgerichten und die

Verbraucherschutzorganisation Foodwatch mit den Standards in der Lebensmittelsicherheit. Breites ziviles Bündnis nennt man das dann. Im Herbst hat man so 250 000 Demonstranten in Berlin gegen den Freihandel auf die Straße gebracht.

Wer wissen möchte, wie die Professionalisierung der NRO in Vollerblüte aussieht, für den lohnt ein Blick ins niedersächsische Verden. Dort sitzt die eher junge NRO Campact, die sich vollends der Verstärkung von Stimmungen im Land verschrieben hat. Im Internet können sich Menschen Petitionen für verschiedene Themen anschließen: Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) läuft sehr gut, Gentechnik auch, die Petition für eine gerechte Erbschaftssteuer ist nicht ganz so beliebt. Campact hat kein festes Thema, es bietet Menschen eine Plattform, um sich für Anliegen zusammenzutun. Läuft eine Petition gut, wächst daraus eine Kampagne.

„Wir reichen Menschen den kleinen Finger“, sagt Felix Kolb, einer der Geschäftsführer von Campact. „Bei uns können die Leute mitmachen, ohne eine Verpflichtung einzugehen.“ Denn auch das hat sich verändert: Menschen schließen sich zwar themenspezifischen Protesten an, doch an eine Organisation wollen sie sich nicht binden. 1,8 Millionen Teilzeitaktivisten hat Campact in seinem E-Mailverteiler, die meisten von ihnen sind zwischen 30 und 60 Jahre alt, haben einen Uni-Abschluss und

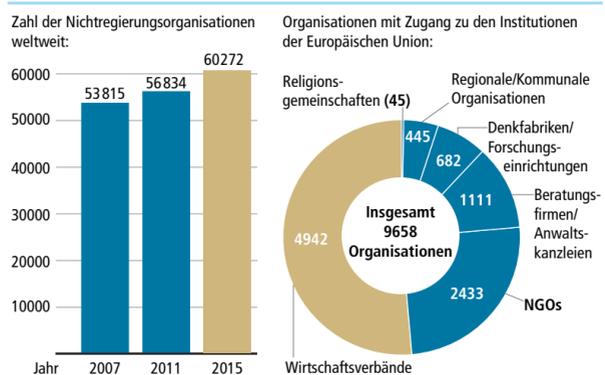
sind angestellt. Hier protestieren nicht die Unterprivilegierten. Hier protestiert die Mittelschicht.

Es war dieser Ansatz, der die Proteste gegen den Freihandel groß gemacht hat. Anfangs habe man nicht geglaubt, dass so komplexe Themen „kampagnenfähig“ seien und es dann doch versucht. „Wir haben die Dinge verstehbar gemacht“, sagt Kolb. Campact hat das TTIP-Verhandlungsmandat sezziert und es in Häppchen an seinen Verteiler gefüttert. Die an Umweltthemen Interessierten bekamen Informationen zum Genmais, die Verbraucherschützer ein Schreiben zum Thema Chlorhühnchen, die Demokratie-Aktivistinnen alles Wissenswerte zu den Schiedsgerichten. Kolb: „Wir haben so die Spirale in Gang gebracht.“

„TTIP und Ceta sind gute Beispiele für die Kampagnenfähigkeit der NRO und für die Unfähigkeit der Politik, ihre Ziele vernünftig zu kommunizieren“, sagt die Politikwissenschaftlerin Kathrin Voss. „Eigentlich wäre es Aufgabe der Parteien, diese Stimmungen aufzufangen.“ Auch ihr Versagen hat die NRO in der Öffentlichkeit groß werden lassen. Ob die Protestbündnisse dadurch auch mächtiger geworden sind? Eher nicht. „Wirtschaftliche Interessen sind noch immer stärker als zivilgesellschaftliche.“ Oder, wie Sylvia Pilarsky-Grosch vom BUND es formuliert: „Unser Mittel ist die öffentliche Aufmerksamkeit, das Mittel der Autolobby ist das Abendessen mit der Kanzlerin.“

THOMAS BLOCK

EU-Institutionen: Jede vierte Organisation eine NRO



Die Definition ist schwierig, die Tendenz eindeutig: Über die Jahre ist die Anzahl der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stetig angestiegen. Die Union Internationaler Organisationen (UIA) registriert weltweit 900 bis 1200 neue NGOs pro Jahr. Auch ihr Einfluss auf die internationale Politik wird größer. Derzeit ist jede vierte Organisation mit Zugang zu den Institutionen der EU eine NGO.

SWP GRAFIK. Quelle: Quellen: UIA, EU-Transparenzregister

„Die Mobilisierungsfähigkeit der NRO ist geradezu bewundernswert“

IHK-Präsident Peter Kulitz kritisiert jedoch die unsachlichen Argumente und beklagt unlautere Mittel

Nichtregierungsorganisationen machen ihre Arbeit gar nicht schlecht, schießen aber oft über das Ziel hinaus, sagt IHK-Präsident Peter Kulitz.

THOMAS BLOCK

Herr Dr. Kulitz, in Vorbereitung auf unser Gespräch haben Sie mir einen Flyer von Campact und dem BUND geschickt. Da steht unter dem Landeswappen: „Wir können alles. Auch TTIP stoppen.“ Warum haben Sie das gemacht?
 PETER KULITZ: Weil ich regelrecht empört war, dass man sowohl das Landeswappen als auch die Image-Kampagne der Landesregie-

rung für einen Anti-TTIP-Flyer missbraucht hat. Ich habe dem damaligen Europaminister Peter Friedrich als Reaktion damals sofort eine SMS geschickt. Er hat die verantwortlichen Organisationen abgemahnt und die weitere Nutzung des Landeswappens untersagt.

Ist das ein typisches Beispiel für die Kommunikation von Nichtregierungsorganisationen in politischen Auseinandersetzungen?

KULITZ: Das ist natürlich ein besonders eklatanter Fall. Doch prinzipiell beobachte ich bei Nichtregierungsorganisationen schon wiederkehrende Verhaltensmuster: Längst widerlegte Argumente werden ebenso wiederholt und in die Diskussion eingebracht wie bereits

bereinigte Probleme. Es ist ja manches richtig, was die NRO sagen, doch wenn Korrekturen vorgenommen wurden, sollte dies auch anerkannt werden.

Worin unterscheiden sich die Ansichten der NGOs und die der Wirtschaftsverbände am stärksten?

KULITZ: Im grundsätzlichen Verständnis des wirtschaftlichen Systems in Deutschland. Wir sind der Meinung, dass es für den Standort wichtig ist, bei wirtschaftlichen Entwicklungen vorne mit dabei zu sein. Wir brauchen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Denken Sie doch nur an den demografischen Wandel. Vertreter von NRO stellen das wirt-



NRO argumentieren emotionaler und aufgeregter als Wirtschaftsverbände, sagt Peter Kulitz.
 Foto: dpa

schaftliche System oft infrage, lehnen die Digitalisierung ab und kritisieren den deutschen Exportmarkt dafür, dass er zu viele Waren exportiert – und zwar ohne alternative Lösungsvorschläge zu machen.

Diese Kommunikation ist zumindest sehr erfolgreich. Bei der An-

ti-TTIP-Demo im vergangenen Herbst kamen rund 250 000 Menschen.

KULITZ: Die Mobilisierungsfähigkeit der NRO ist geradezu bewundernswert und lässt sich auf die Überzeugungskraft der Emotionalisierung zurückführen. Wir argumentieren meist nüchtern und sachlich, NRO hingegen tendieren dazu, sichtbar erregt und leidenschaftlich zu streiten. Das führt dazu, dass NRO bisweilen inhaltlich nicht hinterfragt werden und so gegen elementare Entwicklungsschritte Stimmung machen können.

NRO argumentieren, dass die Wirtschaft Zugang in die Büros der Minister hat, und sie selbst deshalb

Protestieren kann tödlich sein

Immer mehr Umweltaktivisten sterben, weil sie sich gegen die Zerstörung der Natur wenden. Die Zahl der Morde ist 2015 auf 185 angestiegen.

THOMAS BLOCK

Es war kein gutes Jahr. Seit 2002 dokumentiert die britische Organisation „Global Witness“ (GW) die Morde von Umweltaktivisten auf der Welt. Und ihre jüngste Bilanz fällt mindestens bedenklich aus: Das Morden hat 2015 einen neuen Höhepunkt erreicht, mindestens 185 Menschen mussten sterben, weil sie gegen die Zerstörung der Natur gekämpft haben.

Darunter die mit dem „Goldman Environmental Prize“ ausgezeichnete Aktivistin Berta Cáceres, die sich gegen den Bau von Staudämmen in Honduras eingesetzt hatte. Am 3. März wurde sie von maskierten Männern in ihrem Haus erschossen. Oder der guatemaltekeische Lehrer Rigoberto Lima Choc, der nachweisen konnte, dass die Palmöl-Produktion in seiner Heimat große Umweltschäden anrichtet. Er wurde am 18. September vor dem Gerichtsgebäude erschossen. Oder Saw Johnny, der Dorfbewohner in Myanmar in Landstreitigkeiten unterstützte. Ihn tötete am 2. Juli ein Schuss in den Rücken.

Diese Fälle treffen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Kern ihrer Arbeit. Denn auch wenn in jüngster Vergangenheit vor allem nationale Themen wie der Verbraucherschutz den Sprung in die Öffentlichkeit geschafft haben, arbeitet ein Großteil der NGOs im Ausland, in der Entwicklungshilfe und im Umweltschutz. Laut statistischem Bundesamt haben deutsche NGOs 2014 rund 1,1 Milliarden Euro für die Hilfe in anderen Ländern verwendet.

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern müssen Aktivisten mit gewaltsamen Widerständen rechnen. Laut GW lassen sich die Morde oft mit paramilitärischen Gruppen, dem Militär, der Polizei oder privaten Sicherheitsdiensten in Verbindung bringen. Die meisten Morde gab es dem Bericht zufolge in Brasilien, auf den Philippinen und in Kolumbien, oft standen sie im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Großprojekten – der Erschließung neuer Bergbaugebiete, dem Roden von Wald für Ackerflächen und dem Bau von Staudämmen.

Den Begriff des Umweltaktivisten beschränkt GW selbst nicht nur auf NGOs: „Oftmals sind das auch normale Menschen, die in Wald- oder Berggebieten leben und gar nicht wissen, dass sie als Umweltaktivist bezeichnet werden.“ Rund 40 Prozent der Getöteten waren Einheimische, die sich gegen die Zerstörung in ihrem Umfeld zur Wehr setzten.



Der Aktivist Saw Johnny wurde in Myanmar ermordet.
 Foto: afp

lauter schreien müssen, um denselben Einfluss ausüben zu können. KULITZ: Diese Hinterzimmer-Gespräche werden überbewertet. Politiker reagieren sehr sensibel auf die öffentliche Meinung und mediale Aufmerksamkeit. Deshalb ist es auch nicht ganz falsch, was die NRO machen. Die Grenze ist jedoch da erreicht, wo mit unlauteren Mitteln gearbeitet wird. Und da gibt es in der Auseinandersetzung in Sachen TTIP genug Beispiele.

Können Sie NRO auch etwas Gutes abgewinnen?
 KULITZ: Selbstverständlich. In unserer demokratischen Gesellschaft sind solche Kräfte unverzichtbar und tragen zur Kontrolle der Institutionen im Land bei.